

Rede von Ernst Grube

am 20. Januar auf der Kundgebung des Bündnisses Nazistopp in Nürnberg und am 21. Januar 2024 auf der Kundgebung der Initiative gegen Rechts in Regensburg

Ernst Grube ist seit Jahrzehnten in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschist*innen aktiv und Präsident der Lagergemeinschaft Dachau e.V.

liebe Freund*innen und Mitstreiter,

als ich von den Korrektiv-Recherchen gelesen habe, war ich entsetzt und aufgewühlt. Als Kind einer jüdischen Mutter musste ich selbst Ausgrenzung, Entrechtung und Deportation während des NS-Regimes erleben. Ich bin im Dezember 1932 geboren, kurz vor der Machtübertragung deutschnationaler Kräfte an Hitler im Januar 1933.

Meine Familie wurde verfolgt, unsere Lebensmöglichkeiten wurden immer mehr eingeengt, die staatsbürgerlichen Rechte wurden uns entzogen. Unsere Familie wurde auseinandergerissen. Wir Kinder mussten in Deportationslagern leben und wurden zusammen mit unserer Mutter ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

Nur mit viel Glück haben wir überlebt.

Nicht überlebt haben die Familien der drei Schwestern meiner Mutter. Sie wurden alle deportiert. Von Stuttgart nach Riga und Izbica, von Darmstadt nach Piaski. Alle meine Tanten, Onkel, Cousins und meine Cousine mütterlicherseits wurden ermordet.

Die Recherchen von Correctiv zeigen, dass sich im November 23 rassistisch - völkische Personen aus verschiedenen rechtsextremen Kreisen getroffen haben. Mitglieder der AfD, aus Burschenschaften, Unternehmer*innen, Ärzte, Juristen, CDU Mitglieder und der Werteunion haben sich mit dem Masterplan des Führers der Identitären Bewegung, Martin Sellner, befasst.

Zusammen mit finanzkräftigen Rassisten haben sie sich nicht nur ausgetauscht über Gewalt- und Vertreibungsfantasien bzgl. Menschen, die nicht ihrem völkisch konstruierten Menschen- und Gesellschaftsbild entsprechen.

Sie hatten auch arbeitsteilige Schritte zur Umsetzung skizziert und dabei die Finanzierung im Blick.

Ihr Plan zielt vorerst auf Menschen in Deutschland, die flüchten mussten, Asyl suchen, Menschen, die einen Aufenthaltsstatus haben, Deutsche mit Migrationsgeschichte und Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben, jedoch nach willkürlich rassistischen Kriterien und völkischer Leitkultur nicht genügend angepasst, „assimiliert“, seien. Wen sie darunter einreihen?

Flüchtlingshelfer? Menschen, die sich ihre Menschlichkeit nicht nehmen lassen ?

Es ist ein Masterplan, wie die Rassisten betonen „unter ethischen, juristischen und logistischen Gesichtspunkten“- in scheinbar legalem Gewand. Ein Angriff auf Millionen Menschen, auf die Grundaussagen unserer wichtigsten Verfassungsartikel - zur Schwächung und Zerstörung der

Demokratie.

Wir wissen, dass rechtsextreme, nationalistische und antidemokratische politische Kräfte verdeckt und offen, schon lange - auch gezielt - zusammenarbeiten. Dabei konzentrieren sie sich immer wieder auf die Themen, mit denen sie erfolgreich Angst, Unzufriedenheit und Unsicherheit verstärken oder erst heraufbeschwören.

Bewusst werden Zerrbilder und Lügen verbreitet, Feindbilder geschaffen und gepflegt. Bereits im 19. Jahrhundert hieß es „Die Juden sind unser Unglück“, was alle rechten Kräfte immer wieder in neuen Varianten auftischten und nicht nur über den Völkischen Beobachter und später als staatliche Propaganda in allen Bereichen der Gesellschaft verbreiteten.

Die Funktion solcher antisemitischen, rassistischen Erzählungen - damals wie heute - ist die Enthemmung für die gewaltvolle Tat. Und Ablenkung von den tatsächlichen Aufgaben - wie derzeit **Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit !**

Stattdessen werden Gefahren aufgeblasen, die Geschichte verfälscht, wie es der Vorsitzende der AfD in Bayern, Protschka, vor einer Woche auf dem Parteitag in Greding getan hat.

Mit Anspielung auf den Faschismus sagte er, dass die AfD heute gegen die aufmarschierenden Sozialisten vorgehen müsse, um Schlimmeres zu verhindern. Sein Stellvertreter, Martin Böhm, argumentierte gegen die AfD ler, die sich vom NS - Verherrlicher Halemba trennen wollen. Nicht ihm, sondern den Karnickeln in den Parlamenten müsse die AfD den Genickschlag versetzen. Mit solchen Tötungs- und Schlachtszenen wird das Vorgehen gegen die politischen Gegner der AfD in den Parlamenten und gegen das demokratisch gewählte Parlament inszeniert.

Ein historischer Rückblick:

Den Nazis war durchaus wichtig, Reibung und Widerstand gegen ihre Barbarei zu vermeiden und auszuschalten. Vor fast 91 Jahren wurden daher alle linken Kräfte schon vor der Machtübertragung an die Nazis massiv verfolgt . Grundlage war u.a. die Reichstagsbrandverordnung, die schon bereit lag. Ab 22. März 1933 wurden massenhaft Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten im schnell errichteten Konzentrationslager Dachau inhaftiert und gequält.

Die Gesetze für ihre Verfolgung waren schon von den noch bürgerlichen Regierungen gebilligt worden. Die Listen mit den Namen lagen schon in den Schubladen. Allein im März 1933 nahm die politische Polizei in Bayern über 5000 politische Gegner fest. Über 2000 kamen bis Mai 1933 in das neu errichtete Konzentrationslager Dachau. Zur Abschreckung der Bevölkerung und zur Durchsetzung ihres Programms hatten sie scheinlegale Instrumente bereits parat. Z. B. die Verschärfung der Präventivhaft.

Als ich bei Correctiv gelesen habe, dass beim Treffen in der Nähe von Potsdam auch von

Deportationszielgebieten in Nordafrika die Rede war, musste ich daran denken, dass die Vernichtung von uns Juden hauptsächlich außerhalb des damaligen deutschen Reiches, in den überfallenen, besetzten Gebieten im Osten, organisiert wurde.

Der rassistische Vernichtungs- und Eroberungskrieg der Deutschen im Osten ermöglichte den Holocaust, die Ermordung von Sinti und Roma, die millionenfachen Massenverbrechen an Bürger*innen von Polen, der Sowjetunion, in ganz Südosteuropa.....

Viele Deutsche wollten nicht wissen, was mit den Menschen passiert, wofür sie sich in den Dienst stellen. „Verschickung in den Osten“, „Umsiedlung zur Arbeit“ hieß es damals. Heute nennen die völkisch rechtsextremen Kräfte, allen voran die AfD, ihr Programm „Remigration“. Und „ein Versprechen, damit Deutschland deutscher wird“.

Der NSDAP Führung war trotz der brutalen Gewalt und Willkür, die sie ausführen ließen, wichtig, dass ihre Verbrechen im **Anschein von Legalität und Alternativlosigkeit** verübt wurden.

So konnten sie die vorhandene Bürokratie besser für sich nutzen. Das Gewissen sollte nicht stören. Gesetzeswillkür und Ordnung sollten das moralische Ruhekitzel sein.

Der Spielraum und die Effektivität für unmenschliche Handlungen in einer arbeitsteiligen Kette des gesamten Verbrechens wurden so ausgeweitet.

Als ich in den Recherchen gelesen habe, wie der Passenzug und die Vertreibung von „nicht genügend assimilierten Deutschen mit Pass“ angegangen werden könnte, holt mich die jüngste Vergangenheit ein.

Man müsse einen „hohen Anpassungsdruck“ auf die Menschen ausüben, zum Beispiel über „maßgeschneiderte Gesetze“, sagte der Identitären Führer Sellner. Remigration sei nicht auf die Schnelle zu machen, es handle sich um „ein Jahrzehnteprojekt“.

Das Straßenbild müsse sich ändern, ausländische Restaurants unter Druck gesetzt werden. Es solle z.B. in Sachsen-Anhalt „für dieses Klientel möglichst unattraktiv sein zu leben“. Und das könne man sehr einfach realisieren.

Ich denke an

Halle, Hanau, Tröglitz, Brandanschläge in Schwandorf, in Mölln, in Solingen, die NSU Morde.. der Mord an Walter Lübcke....

Dieser rechtsextreme Terror konnte trotz etlicher Hinweise **nicht** von den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden gestoppt werden.

Sie tun sich schwer rechtsextreme Netzwerke ausfindig zu machen. Zahlreiche sog. Einzeltäter tummeln sich in Bundeswehr, Polizei und anderen Behörden.

1935 schufen die Nazis mit dem Reichsbürgergesetz und dem Blutschutzgesetz zentrale Ausgrenzungsbestimmungen.

6 Jahre später konnten sie konkrete Vernichtungsmaßnahmen durchführen.

Die Pläne der Rechtsextremen entstehen in einem Klima, in dem auch die demokratischen Parteien den Diskurs immer weiter nach rechts verschieben und Menschenrechte abbauen.

Das Gesamteuropäische Asylsystem, dem auch die Bundesregierung zugestimmt hat, sei ein bedeutender Schritt „europäischer Solidarität“ sagen Regierungsvertreter.

Es ist ein Abschottungsplan, um die sog. „illegale Migration zu begrenzen“. Dieses Vorhaben bedeutet eine weitere Verstümmelung des individuellen Asylrechts. In gefängnisähnlichen Lagern, ohne Zugang für öffentliche Kontrolle und Unterstützung, sollen Menschen bereits an den Außengrenzen der EU gefangen sein. In Schnellverfahren sollen Asylansprüche geprüft und bei Ablehnung sollen die Schutzsuchenden wieder in sog. sichere Drittländer transportiert werden.

Asylsuchende sind ein Teil der Zielgruppe, die laut völkisch - rassistischem Masterplan verdrängt und drangsaliert werden soll. Durch dieses gesamteuropäische Asylsystem werden sie von der Inanspruchnahme eines Grund- und Menschenrechtes ferngehalten.

„illegale Migration begrenzen“, darauf haben sich alle demokratischen Parteien verständigt, so als hätten die Menschen bei ihrer Flucht die Wahl zwischen legalen und illegalen Wegen, um sich aus Not, Elend und Verfolgung zu retten.

Dieses Recht auf Asyl wurde aus den bitteren Erfahrungen der Nazizeit geschaffen, weil tausende rassistisch und politisch Verfolgte vergeblich um Aufnahme und Asyl nachsuchten. Viele verdanken ihr Überleben illegalen Wegen. Die meisten Staaten hatten nur kleine Aufnahmekontingente gewährt und ihre Grenzen dicht gemacht hatten.

Der Tod dieser rassistisch und politisch Verfolgten, ihr grausames Schicksal, war der Ausgangspunkt für dieses Grundrecht in unserer Verfassung.

Der ehemalige Bundespräsident Gauck hat im Herbst zur Entdeckung von neuen Spielräumen in der Asylpolitik ermuntert. Er sagte: **“Wir müssen Spielräume entdecken, die uns zunächst unsympathisch sind, weil sie inhuman klingen“.**

Diese Asylwende findet vor unseren Augen statt.

Menschenfeindlichkeit und Entrechtung, staatlich betriebene Grausamkeiten in kleinen kontinuierlichen Schritten schaffen neue Spielräume für weitergehende Pläne der AfD als parlamentarischer Arm und Zentrum des Rechtsextremismus.

Es geht ihnen um die Schwächung und Zerstörung der Grundpfeiler der Verfassung, um den Aufbau von antidemokratischer Stimmung und Gegenmacht.

Wir dürfen in keinem Bereich zulassen, dass politische, parlamentarische Gestaltungsmacht und unsere Steuergelder der AfD und ihren Kreisen weiter dafür zur Verfügung stehen.

Wir müssen Druck machen auf Politik und Politiker*innen, dass ein Verbot der AfD mit entschlossener Sorgfalt vorgebracht wird.

Es ist unsere Pflicht als demokratische Bürger*innen hier nicht locker zu lassen.

Der österreichische Schriftsteller Michael Köhlmeier hat einmal gesagt:

das große Böse kommt nie auf einmal,

sondern in kleinen Schritten,

die sich vielen Menschen als zu klein darstellen,

um entschieden dagegen vorzugehen.